

## Rubrikanzeigen

Immobilien  
Stellen  
Veranstaltungen

Seite 11  
ab Seite 12  
Seite 26

«xchange» Das Austauschprogramm für Lehrlinge ermöglicht Auslandsaufenthalte. Die Erfahrungen fallen positiv aus.  
Regionale Wirtschaft Seite 11

Davis-Cup Stanislas Wawrinka verlor wie Roger Federer das Einzel am Auftakttag des Davis-Cups gegen die USA.  
Sport Seite 28

# Schaffhauser Nachrichten

SEIT 1861



## Wirtschaft

## Griechenland unter Druck

ATHEN Die Eurofinanzminister stellen der griechischen Regierung ein Ultimatum. Bis nächsten Mittwoch müssen mehrere Bedingungen erfüllt sein, wenn neue Finanzhilfen fliessen sollen. Angesichts der harten Auflagen bröckelt jedoch der politische Konsens in Griechenland; mehrere Mitglieder der Regierung traten gestern zurück.

Seite 9

## Von Tag zu Tag

## Hohe Strafe für Mord an Freundin

USTER Im März 2009 hatte er in Volketswil seine Freundin erschossen; nun muss der 23-Jährige für 13,5 Jahre ins Gefängnis. Das Bezirksgericht Uster sprach den Kosovaren gestern der vorsätzlichen Tötung, der Gefährdung des Lebens und der mehrfachen Widerhandlung gegen das Waffengesetz schuldig.

Seite 16

## Ausland

## Noch immer viele Kindersoldaten

NEW YORK Kinder dürfen nicht als Soldaten eingesetzt werden. Das ist schon seit zehn Jahren internationales Recht. Trotzdem müssen 250 000 Jungen und Mädchen in 15 Ländern der Erde schießen, kämpfen, töten. Darauf weist Unicef anlässlich des morgigen Welttags gegen Kindersoldaten hin.

Seite 5

## Gsaat isch gsaat

«Der Druck auf uns hat stark zugenommen»

Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel zum Steuerstreit mit der EU

## Grosses Lob für Ansiedlungspolitik

Bei der Ansiedlung ausländischer Firmen hat Schaffhausen geschickter agiert als andere Kantone. Das zeigt eine neue Studie. Doch eine grosse Herausforderung bleibt.

VON ZENO GEISSELER

SCHAFFHAUSEN Die Eidgenössische Finanzkontrolle findet fast nur lobende Worte für Schaffhausen in einer Studie über die Ansiedlung ausländischer Unternehmen in der Schweiz. Die gestern publizierte Untersuchung nahm die vier Schweizer Kantone unter die

Lupe, welche im Rahmen des «Bonny»-Beschlusses die meisten steuerlichen Erleichterungen gesprochen hatten. Dazu gehören neben Schaffhausen die drei Westschweizer Kantone Freiburg, Neuenburg und Waadt.

Betrachtet man die direkten Auswirkungen, welche die Steuererleichterungen für die Firmen auf das kantonale Budget hatten, ist die Nettobilanz in Schaffhausen positiv. Anders ist es in Freiburg, Neuenburg und der Waadt. Dort kam es zu negativen Effekten in der Höhe von mehreren Millionen Franken. Die Finanzkontrolle lobt namentlich die Zurückhaltung des Kantons Schaffhausen bei der Gewährung der Steuerrabatte. Während andere Kantone systematisch den Maximalsatz von 100 Prozent anwendeten,

war Schaffhausen viel zurückhaltender. «Schaffhausen hat so bewiesen, dass man auch mit einem tieferen Satz zum Ziel kommen kann», sagte Michel Huissoud, Vizedirektor der Finanzkontrolle, auf Anfrage.

## Aufsicht verbessern

Trotz der lobenden Worte für Schaffhausen ortet die Studie auch Verbesserungspotenzial. Die Aufsicht sollte beim Umfang der Kontrolle der Daten, welche der Kanton von den Firmen erhält, sowie beim Austausch zwischen Fiskus und kantonaler Wirtschaftsförderung verbessert werden. Weiter hält die Studie fest, dass in Schaffhausen der Anteil der Mitarbeiter der angesiedelten Firmen, die nicht im Kanton selbst lebten, besonders

hoch sei. Regierungsrat Ernst Landolt bezeichnete das als «Wermutstropfen».

Für den Kanton stehen derzeit allerdings nicht die Ansiedlungserfolge der Vergangenheit im Fokus, sondern die Herausforderungen im Steuerstreit mit der EU. Denn diese erachtet die besonders tiefe Besteuerung von sogenannten Spezialgesellschaften als unerlaubte staatliche Beihilfe. Wie Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel im Interview mit den SN sagt, ist der Kanton angesichts der Finanzkrise in der EU derzeit stark unter Druck. Es steht viel auf dem Spiel: Die Spezialgesellschaften erwirtschaften einen grossen Teil der Steuereinnahmen der juristischen Personen im Kanton.

Mehr auf den Seiten 17 und 18

## Pressefoto des Jahres Die beste Aufnahme ist im Jemen entstanden



Eine voll verschleierte Jemenitin hält einen verletzten Verwandten in den Armen: Dieses Bild ist gestern zum Pressefoto des Jahres 2011 gekürt worden. Das Foto stammt vom Spanier Samuel Aranda. Er hatte es im Oktober letzten Jahres in Jemens Hauptstadt Sanaa in einer Moschee aufgenommen, in der Gegner von

Präsident Ali Abdullah Salih während des blutigen Machtkampfs ein Feldlazarett einrichteten. «Das Foto steht für die gesamte Region und repräsentiert, was während des Arabischen Frühlings geschah», begründete Jurymitglied Koyo Kouoh die Auszeichnung. Bild Key

Mehr auf Seite 16

## Warnstreik

## Das sagt der Urheber der Streikidee

SCHAFFHAUSEN Der umstrittene Lehrstreik vom kommenden Montag sorgt weiterhin für Gesprächsstoff. Was bewegt einen Lehrer dazu, sich während zweier Stunden auf den Herrenacker zu stellen und zu demonstrieren? Wir haben Daniel Klein, seit 21 Jahren Primarlehrer in Hemmental, gefragt: Er hat an der Lehrerversammlung von Ende Januar im Casino den Vorschlag gemacht, mit einem Warnstreik auf die Anliegen der Lehrerschaft hinzuweisen. Beim Treffen mit Klein im Schulhaus in Hemmental begegnete uns aber kein Rädelsführer, sondern vielmehr ein Lehrer, der sich immer neuen Anforderungen schulischer und administrativer Art gegenüberstellt. Klein sieht die Aktion vom Montag eher als symbolischen Akt denn als Streik im Wortsinne. Zu seinem Vorschlag gebracht hat ihn der Umstand, dass der Kanton zwar kein Geld für Entlastungsstunden übrig habe, gleichwohl aber über 2,2 Millionen Franken für Schulleitungen ausgeben wolle. (rob)

Leitartikel auf Seite 3, weiterer Bericht auf Seite 18

## Schaffhauser Fasnacht

## Erneut sind die Narren los

SCHAFFHAUSEN Noch vor dem Schmutzigen Donnerstag und vor dem Aschermittwoch startet an diesem Wochenende die Schaffhauser Fasnacht. Das Spektakel begann gestern mit dem Setzen des Narrenbaums und einem Fackelumzug, heute Samstag geht's weiter mit dem Kinderumzug und dem grossen Fasnachtsumzug durch die Altstadt. Angesagt ist ferner ein Monsterkonzert. Und auch die Frage, ob sich die Schaffhauser Narren wirklich auf eine Tradition berufen können ... (-zer.)

Mehr auf den Seiten 19 und 21

## Erdrutsch

## Neuhauser Fussweg auf Talfahrt

NEUHAUSEN AM RHEINFALL Am Rheinflall hat ein Erdbeben unterhalb des SIG-Areals, beim Brückenwegli, eine breite Schneise in den Fussweg und den steilen Hang gerissen. Der Fussweg ist abgesperrt. Zurzeit wird die Ursache des Erdbebens abgeklärt. Ebenfalls wird geklärt, ob die Stützmauer, die feine Risse aufweist, sowie das darüberliegende SIG-Areal gefährdet sind. Die Untersuchungen führt ein Ingenieurbüro in Zusammenarbeit mit Spezialisten der Geologie und Geotechnik aus. (ch)

Mehr auf Seite 22

## Wegelin

## Kein Vertreter vor Gericht erschienen

NEW YORK Zum ersten Termin im Verfahren gegen die St. Galler Privatbank Wegelin ist keiner ihrer Vertreter erschienen. Man erachte die rechtlichen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Strafprozesses nach amerikanischem Recht als nicht erfüllt, teilte die Bank gestern Abend mit. Gemäss amerikanischem Recht könne ein Strafprozess nicht begonnen werden, bevor dem Beschuldigten die Klage ordnungsgemäss zugestellt worden sei. (sda)

Mehr auf Seite 9

ANZEIGE

Verbrauch nur 3.4 Liter bei nur 87 g CO<sub>2</sub>-Emission



Citroën C3



A1287022



9 771420 600002

ANZEIGE

betz 20%  
Wohn- & Bürodiesign www.betz.ch  
Räumungsverkauf  
50%  
70%!  
Besuchen Sie uns an der Moserstrasse 27 in der Unterstadt. A1287034

**Hart, aber fair** Bereits im vierten Jahr politisiert Thomas Wildberger im Einwohnerrat Neunkirch. **Klettgau Seite 24**

**Wind im Weinland** Der Kanton Zürich sieht wenig Potenzial für Windenergie in der Region. Ein Augenschein. **Weinland Seite 27**

## «Diese Sichtweise ist mir zu einseitig»

**Vom Steuerstreit** mit der EU ist der Kanton Schaffhausen ganz besonders betroffen. Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel sagt, ob es einen Ausweg gibt.

INTERVIEW **ZENO GEISSELER**  
UND **DORIS KLECK**

*Frau Regierungsrätin, die Spezialgesellschaften im Kanton beschäftigten rund 3000 Arbeitnehmer und zahlen 50 bis 60 Millionen Franken Steuern an Kanton und Gemeinden. Viele dieser Firmen sind nicht zuletzt deshalb nach Schaffhausen gezogen, weil das steuerliche Umfeld attraktiv ist. Nun stehen sie im Mittelpunkt eines Steuerstreits mit der EU. Warum?*

**Rosmarie Widmer Gysel:** Kurz gesagt, denkt die EU, dass die Besteuerung dieser Gesellschaftsformen gegen das gültige Freihandelsabkommen verstösst und eine unerlaubte staatliche Beihilfe darstellt. (Siehe Kasten, Red.)

*Hat die EU recht?*

**Widmer Gysel:** Wir, die Kantone und der Bund, sind der Ansicht, dass das Freihandelsabkommen nicht auf die kantonalen Steuerregimes anwendbar ist. Somit kann auch nicht die Rede sein von unerlaubten staatlichen Beihilfen.

*Die Schweiz ist nicht Teil der EU. Kann die EU uns dann überhaupt vorschreiben, wie wir unsere Steuern gestalten?*

**Widmer Gysel:** Dies ist ein wesentlicher Punkt. Die Schweiz nimmt am europäischen Binnenmarkt teil, und es bestehen nun zwischen der EU und der Schweiz unterschiedliche Ansichten, ob und in welchem Umfang die EU-Wettbewerbsregeln bei uns zum Tragen kommen. Die Schweiz war bisher der Ansicht, dass sie bei ihrer Unternehmensbesteuerung bleiben kann.

*Betrifft dieses Problem alle Kantone?*

**Widmer Gysel:** Ja, es gibt aber grosse Unterschiede bei den konkreten Auswirkungen. Schaffhausen gehört neben Zug und Basel zu den exponiertesten Kantonen.

*Warum?*

**Widmer Gysel:** Es gibt rund 350 Spezialgesellschaften im Kanton. Diese haben sich in den letzten Jahren gut entwickelt. Der Kanton erhält von ihnen rund 40 Prozent der gesamten Steuereinnahmen von juristischen Personen. Sogar rund 80 Prozent unseres Anteils an der direkten Bundessteuer stammen von Holding- und Verwal-

tungsgesellschaften. Dies sind sehr grosse Anteile.

*Nun hat aber die Wirtschaftsförderung solche neuen Firmen bewusst mit dem Steuerargument in den Kanton geholt. Hat man sich so ein Klumpenrisiko eingehandelt?*

**Widmer Gysel:** Diese Sichtweise ist mir zu einseitig. Jede grosse Ansiedlung und jeder grosse Steuerzahler ist ja in einem gewissen Sinn ein Klumpenrisiko – wenn die Firma aus irgendeinem Grund wieder ginge, würden wir viele Arbeitsplätze und Steuereinnahmen verlieren. Aber auf der anderen Seite profitieren wir von diesen Unternehmen ja sehr stark, wie die Zunahme der Arbeitsplätze zeigte, und diese Vorteile überwiegen.

*Der Steuerstreit mit der EU schwelt ja schon länger. Hat er sich nun noch verschärft?*

**Widmer Gysel:** Ja. Die grossen finanziellen Schwierigkeiten im EU-Raum haben dazu geführt, dass alle möglichen und unmöglichen Geldquellen erschlossen werden sollen. Der Druck auf uns hat stark zugenommen.

*Sie haben gesagt, Schaffhausen sei sehr viel stärker exponiert als andere Kantone. Wie gross ist da bei den anderen Kantonen überhaupt das Interesse, in dieser Frage tätig zu werden?*

**Widmer Gysel:** Die Steuerregimes sind sehr ähnlich, unterschiedlich sind die Steuersätze und der Anteil von den problematischeren Spezialgesellschaften bei den juristischen Personen. Selbstverständlich engagieren sich die besonders betroffenen Kantone etwas stärker. Wir haben unter anderem dazu beigetragen, dass der Steuerstreit an der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren zur Sprache kam. Wir haben deutlich gemacht, dass eine integrale Übernahme der EU-Richtlinien kein Thema sein darf.

*Wie könnte die Lösung aussehen?*

**Widmer Gysel:** Ein Ansatz wäre, dass die für alle Unternehmen hohe Bundessteuer gesenkt würde. Massgebend ist ja nicht einfach die Kantons- und Gemeindesteuer, sondern die gesamte Steuerbelastung. Davon würden alle Kantone und alle Unternehmen profitieren. Allerdings ist klar, dass uns der Bund angesichts der derzeitigen Sparziele diesen Gefallen nicht tun wird.

*Was kann der Kanton Schaffhausen stattdessen unternehmen?*

**Widmer Gysel:** Es gibt verschiedene Ansätze. Wir könnten ganz generell die kantonalen Unternehmenssteuern senken, was aber gesellschaftlich, poli-



«Die grossen, internationalen Konzerne beobachten die Situation sehr genau»: Rosmarie Widmer Gysel, Finanzdirektorin.

Bild Frank Lölling

tisch und wirtschaftlich nicht leicht umzusetzen ist. Alternativ könnten wir zum Beispiel sogenannte Box-Modelle einführen. Bestimmte Erträge wie Lizenz- oder Zinszahlungen könnten in einem gewissen Umfang von einer Besteuerung freigestellt werden. Nidwalden hat ein solches Modell bereits eingeführt.

*Aber ist es der EU letztlich nicht einerlei, mit welchem Modell wir den Unternehmen steuerliche Vorteile gewähren, unter welchem Namen auch immer?*

**Widmer Gysel:** Mag sein. Aber Länder wie die Niederlande oder Irland kennen ähnliche Modelle, und sie sind Mitglied der EU. Ich sage auch nicht, dass die Lizenzbox die Lösung ist. Aber sie

ist ein Ansatz, den wir detailliert analysieren müssen: Welche Auswirkungen haben diese Modelle für die Unternehmen? Welche Folgen haben sie für die Staatskasse?

*Wer beantwortet bei uns im Kanton diese Fragen?*

**Widmer Gysel:** Wir haben bereits im vergangenen Jahr eine Arbeitsgruppe unter der Leitung der Steuerverwaltung eingesetzt. Die Wirtschaftsförderung ist dabei, aber auch externe Experten von internationalen Steuerberatungsfirmen.

*Wie weit ist diese Arbeitsgruppe? Ist eine Lösung in Sicht?*

**Widmer Gysel:** Dafür ist es zu früh.

## Der Steuerstreit Die EU erwartet bis zum Juni Fortschritte im Dialog über die kantonalen Steuerpraktiken

Der Steuerstreit zwischen der Schweiz und der EU ist schon älteren Datums: Bereits 2007 hatte die EU-Kommission gewisse kantonale Besteuerungsmodalitäten als unerlaubte staatliche Beihilfe kritisiert. Diese würden den Wettbewerb verfälschen und das Freihandelsabkommen aus dem Jahre 1972 verletzen – diese Argumentation hat der Bundesrat stets abgelehnt. Die EU stört sich insbesondere an der steuerlichen Ungleichbehandlung in- und ausländischer Erträge von Holding-, Verwaltungs- und gemischten Gesellschaften in einzelnen Kantonen (siehe Kasten oben rechts auf dieser Seite). 2009 hatte der Bundesrat der EU einen Kompromissvorschlag unterbreitet, dieser scheiterte aber an der Uneinigkeit der EU-Staaten.

Inzwischen hat die EU die Freihandelschiene verlassen und will mit der Schweiz stattdessen über den EU-Ver-

haltenskodex zur Unternehmensbesteuerung reden. Im Juni 2010 hatten die EU-Finanzminister die EU-Kommission mit solchen Verhandlungen beauftragt. Beim Verhaltenskodex handelt es sich um ein «Gentlemen's Agreement», um diskriminierende und schädliche Praktiken bei der Unternehmenssteuerung zu beseitigen. Die Schweiz hat es bis heute stets abgelehnt, den EU-Verhaltenskodex pauschal zu übernehmen. Allerdings ist Bern bereit, über die kritisierten Steuerregimes der Kantone zu reden. Die eidgenössische Finanzdirektoren haben Ende Januar dem Bundesrat grünes Licht für einen neuen Steuerdialog gegeben. Die EU hat der Schweiz dazu ein Ultimatum gestellt: Sie erwartet bis Ende Juni dieses Jahres Fortschritte im Steuerstreit.

Brisant ist die Ausgangslage für die Kantone deshalb, weil der Bund über

ihre Steuermodelle mit der EU diskutiert. Auf Bundesebene ist man sich dessen bewusst, so existiert seit Längerem eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Bund und Kantonen, die nach Lösungen sucht. Wenig Freude haben die Kantone aber daran, dass der Bundesrat bei den Verhandlungen mit der EU in verschiedenen Dossiers einen «gesamtheitlich koordinierten Ansatz» verfolgt. Will heissen, die Kantone befürchten, dass der Bundesrat bereit ist, bei den kantonalen Steuerregimes Konzessionen einzugehen, um in anderen Dossiers, beispielsweise beim Strom, vorwärtszukommen.

Allerdings haben mittlerweile einzelne Kantone begonnen, in eigener Regie ihre Steuerregimes EU-kompatibel zu gestalten. So hat der Kanton Neuenburg die Unternehmenssteuern auf einen einheitlich tiefen Zinssatz gesenkt, und der Kanton Nidwalden hat

die sogenannte Lizenzbox eingeführt. Schaffhausen hat, als besonders exponierter Kanton, eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um Alternativen zum heutigen Steuerregime zu überprüfen.

Betroffen vom Druck der EU sind aber nicht nur die Kantone, sondern auch die Gemeinden. Das lässt die kommunale Politik aufhorchen. Grossstadtrat Till Hardmeier (JF) hat diese Woche eine kleine Anfrage zum Thema eingereicht: «Angriff der EU – Was macht die Stadt Schaffhausen?» Er möchte wissen, wie gross die erwarteten finanziellen Auswirkungen auf die Stadt Schaffhausen sind, wenn sich die Besteuerungsform der gemischten Gesellschaft verschlechtert oder wegfällt. Was für Massnahmen der Stadtrat plant, um die finanziellen Auswirkungen zu verkraften und um seine Interessen in der Sache zu vertreten. (dk)

### Im Visier Diese Regimes will die EU weghaben

**Gemischte Gesellschaft** Diesen Steuerstatus erhalten Firmen, wenn sie den massgebliche Teil ihrer Geschäftstätigkeit im Ausland ausüben und der Teil der schweizerischen Geschäftstätigkeit von untergeordneter Bedeutung (höchstens 20 Prozent des gesamten Geschäftsvolumens) ist. Die inländischen Erträge werden normal besteuert. Von den ausländischen Erträge werden lediglich 10 bis 20 Prozent besteuert, je nach Umfang der Verwaltungstätigkeit in der Schweiz.

**Domizilgesellschaft** Diese Firmen üben in der Schweiz keine Geschäftstätigkeit aus, sondern nehmen nur Verwaltungsfunktionen wahr, dazu gehört insbesondere die Verwaltung des eigenen Vermögens. Hilfstätigkeiten wie die Verwertung immaterieller Rechte, die Vermittlung von Know-how sowie Fakturierung und Inkasso. Domizilgesellschaften – auch Briefkastenfirmen genannt – dürfen in der Schweiz kein eigenes Personal beschäftigen und keine Infrastruktur unterhalten.

**Holdinggesellschaft** Diese Firmen halten und verwalten Beteiligungen, sonstige Geschäftstätigkeiten sind ihnen in der Schweiz untersagt. Damit die Gewinne nicht auf Stufe der einzelnen Beteiligungen und auf der Stufe der Holding besteuert werden, haben die Kantone Holdinggesellschaften in der Regel von der Gewinnsteuer befreit. Auf Bundesebene werden Holdings normal besteuert.

Wir tragen derzeit alle Informationen zusammen, wir sprechen aber auch mit betroffenen Unternehmen. Dieser Prozess ist sehr arbeits- und zeitintensiv. Im Sommer will die Arbeitsgruppe erste Resultate vorlegen. Gestützt darauf muss entschieden werden, ob es zur Erhaltung der Standortattraktivität und zur Vermeidung eines Abflusses von Steuersubstrat eine Revision des Steuergesetzes braucht. Entscheidend wird schliesslich sein, welche Spielräume nach den Verhandlungen mit der EU bestehen, wenn es zu einem Steuerabkommen kommt, und welche Übergangsfristen bestehen.

*Wie lange haben wir Zeit, um zu einem neuen Modell zu wechseln?*

**Widmer Gysel:** Die EU und der Bund wollen bis zum 30. Juni zu einer Lösung kommen. Wir gehen aber davon aus, dass es mehrjährige Übergangsfristen geben wird. Wir müssen sicher vorwärts machen, aber wir müssen nicht überstürzt eine Lösung finden.

*Wie reagieren die Firmen auf den Steuerstreit? Gibt es solche, die sich überlegen wegzuziehen?*

**Widmer Gysel:** Die grossen internationalen Konzerne beobachten die Situation natürlich sehr genau. Dies ist aber nichts Aussergewöhnliches. Es ist Teil ihrer strategischen Analyse, dass sie sich fragen, ob sie noch am richtigen Ort sind. Die Steuerverwaltung, die Wirtschaftsförderung und auch der Regierungsrat sind im permanenten Dialog mit den Firmen und werden alles daran setzen, dass gemeinsam für alle Seiten befriedigende Lösungen gefunden werden können.

*Frau Regierungsrätin, besten Dank für dieses Gespräch.*